

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Samstag, 6. März 1982

Blatt 625

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Gratz: ÖVP-Einspruch gegen Stadterneuerung ist
(rosa) unverständlich
Städtisches Darlehen für eine Kleingartenanlage

Nur

über FS: 6.3. Musicalnachwuchs im Konservatorium

Städtisches Darlehen für eine Kleingartenanlage

=++++

1 Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz hat ein Darlehen in Höhe von 600.000 S an den Landesverband Wien des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs genehmigt, dessen Vergabe vom Kleingarten-Beirat empfohlen worden war. Das Darlehen ist für die Kleingartenanlage "Thayagasse" in Floridsdorf zur Herstellung einer Inneneinfriedung und Zwischenabtrennung bestimmt. Die Kleingartenanlage "Thayagasse" hat 73 Mitglieder. Das insgesamt 29.174 Quadratmeter große Areal der Parzellen wurde von der Stadt Wien als Grundeigentümerin dem Zentralverband der Kleingärtner zur kleingärtnerischen Nutzung in Bestand gegeben. (Schluß) we/bs

NNNN

SPERRFRIST 12.45 UHR!

=====

Gratz: ÖVP-Einspruch gegen Stadterneuerung ist unverständlich

=++++

2 #Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) "Es ist für mich unverständlich, daß die ÖVP im Bundesrat gegen die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Wohnbau und die Stadterneuerung Einspruch erhoben und damit die Bereitstellung dieser Mittel um Monate verzögert hat," erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner Rundfunksendung am Samstag. "Unverständlich ist vor allem, daß auch die vier Wiener ÖVP-Bundesräte gegen diese Gesetze gestimmt haben, die für Wien besonders wichtig sind."#

Gratz bezeichnete es als sehr erfreulich, daß die Zahl der arbeitslosen Österreicher im Februar gegenüber dem Jänner gesenkt werden konnte. Das betrifft allerdings vor allem die Fremdenverkehrsgebiete. In Wien ist die Situation weniger günstig. Hier wird sie erst dann besser werden, wenn die Bauwirtschaft mehr Aufträge bekommt. Die beiden vom Nationalrat beschlossenen Gesetze hätten für Österreich 5.000 zusätzliche Wohnungen, davon 1.400 für Wien, und eine Milliarde Schilling, davon 350 Millionen für Wien, zugunsten der Stadterneuerung gebracht. Diese Aufträge wären vor allem Klein- und Mittelbetrieben zugute gekommen. Wegen des ÖVP-Einspruchs im Bundesrat können diese Aufträge nicht schon am Beginn des Frühlings vergeben werden, sondern erst gegen Sommer, sobald der Nationalrat einen Beharrungsbeschluß gefaßt hat.

"Die Wiener ÖVP hat immer wieder erklärt, daß sie gegen den Bau des Konferenzentrums sei, weil man das Geld besser für den Wohnungsbau und für die Stadterneuerung verwenden sollte," sagte Gratz. "Jetzt werden im Nationalrat zusätzliche Mittel für diese beiden Zwecke beschlossen - und die Wiener Volkspartei lehnt auch diese Vorschläge ab. Man muß leider den Eindruck gewinnen, daß alles abgelehnt wird, was dazu dient, Arbeitsplätze in Wien zu sichern und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern." (Schluß) sti/ap